

# SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Redaktion: Braunschweig  
Schließfach 399  
Fernsprecher Nr. 2367

Nr. 5 - 29.5.46

## Bedenklicher Dualismus

=====

Von Senator Karl Albrecht, Lübeck

Die ersten Erfahrungen auf dem Wege neuer demokratischer Verwaltungsformen sind gesammelt. Die Ernte ist zwar nicht sonderlich gross, weil schliesslich die politischen Parteien als Trägerin und Quellgrund eines gesunden Staatsaufbaues erst seit einigen Monaten eingeschaltet wurden. Aber wir müssen beizeiten einen umschauenden Blick um uns tun, um der Gefahr neuer Fehlentwicklungen zu entgegenen.

Das Grundprinzip, das unserer Aufbauarbeit im Staat, Verwaltung und Volksvertretung zugrunde liegt, ist das der Dezentralisation, also des Abbaus des auf autoritärem Führerprinzip aufgebauten Staatwesens, wo eine übergeordnete Spitze, die überhaupt keinem mehr Rechenschaft schuldig war, das Staatsgefüge erdrückte und korrupt machte. Die Macht der unteren Gemeindeorgane sollte gestärkt werden, die Zuständigkeit kommunaler Behörden damit ausgedehnt werden.

Was die Gemeinden regeln können, sollen sie tun, und soll nicht in die Hand ortsfremder, zentralistischer Oberstellen gelegt werden. Selbstverständlich scheiden hierbei bestimmte frühere Reichsbehörden, wie Post, Eisenbahn usw. aus, weil hier die reichseinheitliche Struktur Wesenselement und Voraussetzung ihrer Aufgabe ist.

Entgegen dem Prinzip der Dezentralisation, so müssen wir nunmehr mit Besorgnis feststellen, drohen gewisse Körperschaften aus diesem Rahmen herauszubrechen und sind auf dem Wege, sich jeglicher parlamentarischen Kontrolle zu entziehen. Wenn beispielsweise die Fahrbereitschaften der Städte und Kreise jetzt zu einem Strassenverkehrsamt zusammengefasst worden sind und aus der Kreis-, aber auch aus der Provinzialverwaltung herausgelöst werden, so deuten wir dies als ein bedenkliches Zeichen neuer autokratischer Entwicklung.

Eine Aufsicht deutscher parlamentarischer Stellen ist dann nicht mehr gegeben und damit das Grundprinzip der Demokratie verletzt. Auch die früheren Reichsbehörden, wie Post, Eisenbahn oder Finanzämter hatten zu Zeiten einer Reichseinheit eine Aufsicht in der Reichsregierung bzw. im Reichstag. Da diese heute fehlen, kann nur zwangsläufig die heute nächstgelegene Stufe, nämlich die der Provinz- oder Landesverwaltung, als Verwaltungs- und Aufsichtsorgan in Frage kommen.



Wir würden einen heillosen Dualismus vieler Behörden, die alle souverän schalten und walten, erhalten, wenn sie nicht letztlich an einer Stelle geschlossen zusammenlaufen würden und einheitlich einem höchsten Landesparlament unterstellt würden. Daneben oder gar darüber hinaus können nicht Amtsbildungen heruntummeln, die der Gesamtplanung deutscher verantwortlicher Stellen entzogen werden.

Wir würden es auch für erforderlich halten, dass beispielsweise der Reichsnährstand als ein einstmaliges typisches Produkt des Dritten Reiches sich nunmehr auch in seinen letzten Restbeständen auflösen würde und sich in die neu geschaffenen demokratischen Formen eingliedert. Völlig Bedenken sehen wir auch hier auf eine Reihe der noch immer gleichen Vertreter dieser unter Hitler geborenen Körperschaft, deren Funktionen mit Vorliebe (weil sie ja besonders einträglich waren) einstmalig in die Hand bewährtester Nazis gelegt wurden.

Geradezu mit Schrecken aber hat die deutsche aubauwillige Bevölkerung die Entwicklung in der Polizei wahrgenommen. Man war der Hoffnung, dass die Polizei als Exekutive der Demokratie auch selbst ein demokratisches Gesicht erhalten würde, und wir sahen das Gegenteil eintreten. Sie wurde militarisiert. Man überlässt sie jetzt völlig sich selbst. Bei der deutschen Mentalität immerhin eine gewagte Sache. Denn wer bürgt für einen demokratischen Geist? woher soll sie ihn überhaupt erhalten angesichts einer Stunde, wo die Demokratie ihre ersten Gehversuche macht?

Eine Polizei, herausgelöst und entzogen jeder Kontrolle und Lenkung der volksvertretenden Körperschaften, ist genau das, was alliierte Truppen beim Einmarsch im Mai vorigen Jahres in Deutschland vorfanden und gottlob zerschlagen haben. Soll dies nun wieder erstehen, nachdem so ein gesunder Beginn und verheissungsvolle Ansätze eines demokratischen Polizeiapparates gezeitigt wurden?

Auch zwischen Provinzialverwaltung einerseits und Kreis- oder Stadtverwaltung andererseits bedarf es in manchen noch einer genaueren Regelung. So ist die Gestaltung des Schulwesens so gut wie ganz den Gemeinden und Städten entzogen. Eine Einflussnahme, auch personell, ist fast ausschliesslich nur der Provinzialregierung gestattet. Mag diese auch Direktiven für die Lehrplangestaltung geben, die verschiedenen Lehrzüge staffeln und die Lehrkräfte nach einheitlichen Gesichtspunkten schulen, Verwaltung und Organisation des Schulwesens müssten Gemeindegängen bleiben. Hier ist der Vorteil ortsnahen Kontaktes gar nicht zu entbehren.

Alles in allem gesehen, sind die diversen Verwaltungsbereiche mit ihren komplizierten, ja verworrenen Kompetenzverhältnissen ein ziemlich kunterbuntes Mosaikgebilde, in dem sich nicht nur Laien, sondern häufig schon die Dienststellen selbst nicht mehr zurechtfinden. Die traurigen Folgen erleben wir täglich.

Als Unsicherheitsfaktor kommt überdies der häufige Wechsel und die dauernde Rückkommandierung eben erst erlassener Anordnungen hinzu. Die Dinge sind eben noch zu sehr im Fluss. Dennoch könnten wir von einer planvollen Lenkung nach einheitlichen Gesichtspunkten, den die Parlamente erarbeiten und die nicht von Sonderverwaltungen autokratisch anbefohlen werden, alle nur protestieren. Es muss endlich mehr Stetigkeit in unsere Arbeit kommen.



Und das wichtigste; Es wird Zeit, dass endlich a l l e deutschen Amtsstellen lernen, auch wenn ihre Zugehörigkeit noch unklar ist, sich aus freien Stücken parlamentarischen Aufsichtsformen zu unterwerfen, und dass sie nicht ihre Hauptaufgabe darin erblicken sollen, mit vollen Segeln aus dem demokratischen Fahrwasser wegzustreben. Wer nicht gewillt ist, am gleichen Strang zu ziehen, gibt damit zu erkennen, dass ihm nicht an der Rettung unseres täglich bedrohten Gemeinlebens, sondern an der Wiederkehr eines verbrecherischen Regimes gelegen ist. So sollte er auch behandelt werden.

### Rudolf Breitscheid wurde ermordet

spd. Der ehemalige Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Rudolf Breitscheid, der von der Gestapo im Konzentrationslager Buchenwald gefangengehalten wurde, ist nicht, wie bisher angenommen wurde, durch einen Luftangriff auf die Gustloffwerke umgekommen, sondern, wie Dr. Brill, einer der Führer der Widerstandsgruppen innerhalb des KZ Buchenwald, mitteilte, von der SS ermordet worden.

Breitscheid, der im November 1944 sein siebzigstes Lebensjahr vollendet hätte, war mit seiner Frau und der Prinzessin Mafalda von Italien in einer Baracke zwischen den Gustloff-Werken und den Villen der SS untergebracht. Das Haus wurde von zwei ukrainischen SS-Männern bewacht.

Während des Bombardements vom 24. August 1944 sass das Ehepaar Breitscheid Hand in Hand, ungeschützt, auf einer Bank an der Wand des Hauses. Eine Bombe schlug in unmittelbarer Nähe ein. Prinzessin Mafalda verlor den rechten Arm und starb durch die Nachlässigkeit des SS-Lagerarztes Dr. Schidrowski, wie von Häftlingen berichtet wurde. Frau Breitscheid erlitt schwere innere Verletzungen. Sie erwachte aus ihrer Bewusstlosigkeit erst im Lazarett und nahm bei der Nachricht vom Tode ihres Mannes an, er wäre durch Bombensplitter getötet worden.

In Wirklichkeit war, wie ein Häftlingskontrolleur und ein Kapo-Mann aussagten, Breitscheid durch den Luftdruck aus der Baracke geschleudert worden. Die beiden Zeugen sahen zwei SS-Männer mit gezogenen Pistolen in seiner Nähe herungehen und gaben schnell die Mitteilung in das Schutzhaftlager weiter, dass ein Liquidations-Kommando unterwegs sei. Auf Befehl Himmlers sollten bei grosser Gefahr alle prominenten Häftlinge "liquidiert" werden. Breitscheid selbst fanden die Zeugen tot, aus einer frischen Herzwunde blutend. Ausser verbrannten Händen hatte er nur geringfügige Verletzungen. Drei Tage später wurde seine Leiche verbrannt.

Weitere Liquidierungen fanden an jenem Tage nicht statt, da das Bombardement bald aufhörte und alle Männer zur Bekämpfung des Feuers gebraucht wurden.



### Berliner SPD-Studenten wieder aktiv

spd. Auf der ersten Mitgliederversammlung der Berliner Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Studenten nach der Zwangsgleichschaltung von KPD und SPD zeigten sich die alte Geschlossenheit der jungen sozialistischen Studentengruppe. Nur ganz wenige sind zur SED übergetreten. In einer Diskussion kam zum Ausdruck, dass die Jugend das klare Bekenntnis zum Sozialismus als Gegenwartsaufgabe fordere und den Kampf um demokratische Rechte und Freiheit des Geistes und des persönlichen Entschlids in den Vordergrund rücke. Das Zustandekommen der SED habe an faschistische Methoden erinnert. An der Aussprache beteiligte sich auch der Mitbegründer und letzte Vorstand der "Sozialdemokratischen Studentenschaft Deutschlands und Oesterreichs" bis 1933, Heinz Krüger, der zu Treue zur SPD und mutigen Einsatz für einen konstruktiv-revolutionären Sozialismus aufrief.

Wir erfahren noch, dass der bisherige Leiter der studentischen Arbeitsgemeinschaft der Universität Berlin, der der CDU nahestand, zum Rücktritt veranlasst und durch einen kommunistischen Studenten (SED) kommissarisch ersetzt wurde. Die sozialdemokratischen Studenten fordern freie Wahlen der studentischen Vertretung. Der frühere Studenten-Referent im ehemaligen Zentralausschuss Grotewohls, Herbert Klemmer, der zuletzt im Zentralsekretariat der SED tätig war, ist aus dieser Körperschaft ausgetreten und hat sich weiterhin der SPD zur Verfügung gestellt.

### Nach den Wahlen in der USA-Zone

spd. Nach den Wahlen in der USA-Zone auch zu den Vertretungen der Städte über 20 000 Einwohner hat die politische Meinungserforschung in Süd- und Südwestdeutschland im kommunalen Bereich ihren Abschluss gefunden. Die Erfolge der SPD in den grösseren Städten Gross-Hessens und Württemberg-Badens sind nicht so erheblich gewesen, dass sie den Sieg der CDU in Bayern stimmenmässig hätten ausgleichen können. Die im Januar und April dieses Jahres eingeleitete Entwicklung ist bestätigt worden, wenn auch der Vorsprung der CDU, auf die ganze Zone berechnet, erheblich zurückgegangen ist. So ist in Württemberg-Baden aus einer CDU-sogar eine SPD-Mehrheit geworden. In Bayern war mit dieser Konsequenz des aus den ländlichen und den kleinstädtischen Bezirken in die grösseren Städte verlegten Wahlaktes von vornherein nicht zu rechnen, besonders nicht, nachdem zwei Wochen vor dem Wahltermin die Bayerische Heimat- und Königspartei aufgelöst worden war.

Im übrigen ist ein begrüssenswertes Ergebnis der Wahlen in der ganzen Zone der Wille zu parteipolitischer Vereinfachung. In Süd- und Südwestdeutschland ist es heute praktisch so, dass den beiden Hauptparteien gleicher Grössenordnung die weiteren Parteien erst in grossem Abstand folgen. In vielen Gemeinden wird es darauf ankommen zu verhindern, dass einer dieser kleinen Parteien dadurch eine Bedeutung gegeben wird, dass sie als Zünglein an der Waage funktionieren.

alizu grosse



## Ernest Bevin - Arbeiterführer und Staatsmann

## Eine biographische Skizze

spd. Eine Gestalt und ein Gesicht, die Kraft ausströmen und Vertrauen erwecken. Auf einem gedrungnen, breitschultrigen Körper ein massiger Kopf. Graues Haar über einem mächtigen, kantigen Stirn, eine kräftige Nase, ein voller Mund, ein wuchtiges Kinn. Die Augen oft etwas zusammengekniffen, wohlbeleibt, von etwas schwerfälligem Gang. Die Sprache mit starken Anklängen an den westenglischen Dialekt, der, aufs Deutsche übertragen, vielleicht am ehesten dem norddeutschen Platt vergleichbar ist. Ein Mann, dessen Aussehen und reifes Urteil seinem Alter von 65 Jahren entsprechen, wenn auch Arbeitskraft und Beweglichkeit ihn erheblich jünger erscheinen lassen. In seinem Wesen schlicht und ungekünstelt, ehrlich und gerade bis zu gelegentlicher Grobheit, aktiv bis zu stets wacher Kampfbereitschaft, die sich nicht selten zu leidenschaftlichen Ausbrüchen steigert, mit viel Sinn für Humor, der recht grimmig ausfallen kann und einer tiefen Abneigung gegen Abstraktionen und Theorien. Er packt zu, schnell und mit festem Griff, und scheut sich nicht, wie er selbst einmal gesagt hat, "den Spazierstock bei seinem erdigen Ende anzufassen."

Kürzlich wurden von ihm einige besonders bezeichnende Anekdoten in einer in deutscher Sprache erscheinenden Auslandszeitschrift berichtet: 1919 erschien vor einem Schlichtungsausschuss, der über Hafenarbeiterlöhne zu entscheiden hatte, als Vertreter der Arbeiter ein unbekannter junger Gewerkschaftler. Als er aufgefordert wurde, sein Plädoyer zu beginnen, wickelte er aus braunem Packpapier ein Paket auf und stellte nebeneinander auf den Bichtertisch eine kleine Flasche Milch, ein halbes Brot, etwas Margarine, ein paar Kartoffeln, eine dünne Scheibe Fleisch billigster Sorte. "Das ist heute die Tagesration einer Hafenarbeiterfamilie." Während der ganzen Verhandlung blieben diese wenigen Lebensmittel auf dem Tisch stehen wie Zeugen, die sich nicht abschütteln lassen. Die Hafenarbeiter gewannen ihre Lohnhöhung, der junge Mann aber war mit einem Schlage berühmt und hatte in den Zeitungen seinen ehrenvollen Spitznamen "Der Hafenarbeiteradvokat" weg. Sein Name war Ernest Bevin.

Die andere Anekdote ganz neuen Datums! im November 1945 hält der englische Außenminister - wieder ist es derselbe Ernest Bevin - vor den Delegierten von 51 Nationen eine Rede, die die Gründungsversammlung der Vereinten Nationen vorbereiten sollte. Es sind alles welterfahrene, kühle, skepsibeladene Diplomaten und Bevin sagt: "Ich will jetzt mein politisches Ziel erklären. Ich wünsche in der Lage zu sein, zum Viktoria Bahnhof zu gehen und eine Fahrkarte zu kaufen, wohin ich will und dort hinzufahren, ohne dass irgendjemand irgendwo mich am Ärmel zupft und meinen Pass sehen will. Die Wissenschaft ist jetzt so weit, dass Grenzen ein dummer Witz geworden sind. Wir müssen jetzt machen wie dem, was früher



eine Vision der Dichter und Seher war. Das Ziel ist das Menschheitsparlament, der Bundesstaat der Welt!" Und während die anwesenden Diplomaten zwischen Erschütterung und halbem Lächeln schwanken, herrscht er sie an: "Ich bin ein alter Mann, aber alt wie ich bin, ich habe den festen Glauben, dass ich es selber noch erlebe." Die Wirkung ist, so unglaublich das klingen mag, sehr nachdrücklich. Denn inzwischen ist Ernest Bevin ein weltbekannter Mann geworden, von dem jeder weiss, dass er alles andere ist als ein Phantast.

Die äusseren Lebensdaten dieses Mannes erscheinen gegenüber der Charakterisierung, die in solchen Handlungen und Worten liegt, auf den ersten Blick fast unerheblich. In Wirklichkeit sind sie das Fundament auf dem jene ruhen. Ländereisen, Dorfschulbesuch bis zum 11. Lebensjahr. Dann Landarbeiter, Chauffeur, Strassenbahnführer, Hafenarbeiter. Niemals hat Ernest Bevin eine höhere Schule oder Universität, auch keine Volkshochschule besucht, sein beträchtliches geschichtliches und volkswirtschaftliches Wissen hat er autodidaktisch erworben. Angeboren ist eine ganz ungewöhnliche Auffassungsgabe, die schnell begriff und sicher behält.

Seine Karriere aber liegt ganz im Gewerkschaftswesen.

Vor 24 Jahren begann er mit dem Aufbau der Transport and General Workers Union aus 20 zerstreuten Kleingewerkschaften zu einer der grössten der Welt, die heute mehr als eine Million Arbeiter umfasst und den Kern der gewaltigen und politisch machtvollen englischen Gewerkschaftsbewegung bildet. Bei der Lösung dieser Aufgabe offenbarte sich überzeugend zum ersten Mal eine besonders ausgeprägte Begabung Bevin's, sein Organisationstalent, mit dem er 20 Jahre später sein zweites grosses innerpolitisches Werk bewältigte, die Organisation der englischen Kriegserbeiter. Dies tat er als Arbeitsminister und Minister für Dienstpflicht im Kriegskabinett Churchills. Er erreichte die totale Mobilisierung der englischen Arbeitskraft. Von Gegnern wurde ihm Härte und Rücksichtslosigkeit bei der Durchführung seines Auftrages vorgeworfen. Das waren aber nur wenige. Die Arbeiterschaft in ihrer überwiegenden Mehrheit kannte ihn aber und begriff mit dem gesunden politischen Verstand, der auch dem einfachen Mann in England eigen ist, dass es sich bei allen diesen Massnahmen um die Notwendigkeit eines Krieges handelte, der schliesslich um die Demokratie und damit um die politischen Rechte der breiten Massen geführt wurde.

Seit Mitte 1945 ist Ernest Bevin nun Ausserminister in der Regierung seines Parteifreundes Attlee. Erst in dieser Eigenschaft ist sein Name weiten Kreisen auch des deutschen Volkes zu einem Begriff geworden, der immer festere Umrisse annimmt. Auch auf diesem neuen Posten, wohl einem der schwierigsten, den es auf dem Erdenrund zu verwalten gibt, hat er sich immer wieder als das gezeigt, was er ist! als ein ganzer Mann voll Energie, Klugheit und bewunderswerten politischen Temperament.

---

Verantwortlich für Herausgabe und Inhalt: Fritz Säger, Braunschweig